Gestützte iPhones meist teurer als im freien Verkauf

VON MARTIN STEPANEK

Mobilfunk.

Zum Verkaufsstart des iPhone 6 locken die Betreiber mit vermeintlich günstigen Angeboten.

Wenn Apples neueste iPhone-Generation in den Handel kommt, wittern auch die
Mobilfunkerihr Geschäftund
übertrumpfen sich mit Angeboten und speziellen Verkaufsstart-Aktionen. Al etwa
ignoriert den von Apple für
Freitag ausgerufenen offiziellen Starttermin und will
das iPhone 6 schon am Mittwochabend in vier Geschäften in Wien, Graz, Linz und
Dornbirn anbieten.

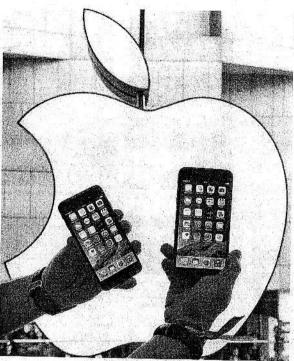
Billiger oft teurer

Geworben wird oft mit günstigen Gerätepreisen bis hin zu Gratis-iPhones, die eine Ersparnis zum regulären Kaufpreis versprechen, in Wahrheit aber mit überdimensionierten, teuren Verträgen und 24 Monaten Bindung verknüpft sind. Rechnet man die Ersparnis für das Gerät mit den Mehrausgaben für den Vertrag gegen, merkt man schnell, dass das vermeintliche Schnäppchensich als Aufpreis entpuppt.

als Aufpreis entpuppt.

Die Mobilfunker verweisen bei ihren teureren Tarifen darauf, dass diese mehr Gigabyte Daten und schnellere Datenverbindungen inkludieren. Ob ein normaler Kunde beispielsweise sechs statt drei Gigabyte Datenvolumen und 150 Mbit/s Geschwindigkeit statt "nur" 50 Mbit/s auch nur annähernd ausnutzen kann, darfjedochbezweifelt werden.

T-Mobile etwa lockt beim iPhone 6 mit dem Einstiegspreis von 408 Euro, was ei-



Offiziell startet Apple in Österreich erst am Freitag mit des Verkauf des iPhone 6. Das Smartphone kostet je nach Modell zwischen 699 und 999 Euro

entspricht. Dazu muss der Kunde aber den teuersten T-Mobile-Tarif "MyMobileExtreme" abschließen, der im Vergleich zum Einsteigertarif "MyMobileLight" über die zweijährige Bindungsperiode 480 Euro mehr kostet.

Undurchsichtige Tarife

Bei Drei gibt es das neue iPhone 6 im Rahmen eines Premijum-Pakets mit inkludierten Auslandsminuten und 250 Megabyte EU-Roaming um null Euro. 65 Euro monatliche Kosten relativieren das Gratisangebot aber schnelli. Der Tarif "Hallo XXL Plus" um 49 Euro pro Monat lockt bei Drei mit 99 Euro für das Datenvolumen das Auslangen findet, tut es auch der 20-Euro-Tarif "Hallo L". Das iPhone wird dadurch 450 Euro teurer, über den Vertragszeitraum gerechnet erspart man sich durch den billigeren Tarif jedoch fast 700 Euro.

Tipps für die Tarifwahl

Mindestverbrauch

Um ein Smartphone bequem nutzen zu können, ist ein Vertrag mit einem Gigabyte inkludiertem Datenvolumen Pflicht. Hohe Datenvaten ab 21 Mbit/s sind für intensive Videonutzung von Vorteil, aber nicht unbedingt notwendig. Bei Vertragstarlfen Angesichts solcher Rechenbeispiele empfiehlt es sich, im Zweifelsfall einen niedrigeren Tarif zu wählen und mehr für das Gerät zu bezahlen. Sparefrohs sollten überhaupt auf einen 10- bis 15- Buro-Tarif der Diskont-Marken Telering, Yesssoder S Budget Mobile zurtickzugreifen und das iPhone regulär über Apple beziehen. Rechnet man die Kostenerspamis durch einen günstigen Vertrag auf 24 Monate hoch, sieht man, dass der Verkauf im freien Markt meist die billigere Variante ist. Zugleich unterliegt man keiner mehrjährigen Bindung und erhält ein entspertres Gerät Nur T.

RUNDFUNK

Offene Fragen nach Entscheid zu GIS-Gebühren

Urteil. Tausende zahlen zu Unrecht

Rund 50.000 Personen in Österreich zahlen zu Unrecht GIS-Gebühren, schätzt der Salzburger Anwalt Arnold Gangl. Er vertritt einen Wiener, der nur über Computer samt Internetanschluss verfügt, aber dennoch Radiorundfunkgebühren abliefern soll. In einem Anfang dieser Woche ergangenem Urteil hat der Bundesverwaltungsgerichtshof entschieden, dass dies nicht ausreicht, um GIS-Gebühren zahlen zu müssen. Dernichtrechtskräftige Entscheid, der laut ORP und GIS lediglich auf einem Einzelfall beruht, lässt sich laut Gangl allerdings auf Tausende ähnliche Fälle anwenden. Der Gang vor das Höchstgericht scheint füx.

Hochstgerichtscheint fix.

Bestätigen die Höchstrichter das Urteil, stellt sich die Frage, ob man unrechtmäßig bezahlte GIS-Gebühren zurückfordern kann. Laut Gangl ist das nicht so einfach: "Es gibt keinen zivilrechtlichen Weg, eine mögliche Rückforderung einzuklagen." Züdem gäbe es auch keinen Automatismus, der die GIS zur Rückzahlung verpflichten könnte. Man sei darauf angewiesen, dass die GIS einen solchen Antrag positiv behandelt, "Sollten die Höchstrichter die Beschwerde abweisen und der GIS

recht geben, stellt sich die Frage, ob auch Geschäftsräume Rundfunkgebühren abliefern müssen, da viele über Computer mit Internetanschluss verfügen", erklärt Gangl.

Haushaltsabgabe

Abhilfe könnte eine Haushaltsabgabe schaffen, wie sie in Deutschland seit Anfang 2013 eingehoben wird. Die Abgabe zur Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks muss von jedem Haushalt geräteunabhängig entrichtet werden. Gangl sieht auch in Österreich den Druck auf den Gesetzgeber in Richtung einer solchen Abgabe steigen. Es sei angesichts der technischen Möglichkeiten zunehmend schwieriger zu entscheiden, welche Geräte gebührenpflichtig sind und welche nicht. Eine allgemeine Haushaltsabgabe kömnte das Gebührenmodell vereinfachen.

GIS und ORF wollen das letztinstanzliche Urteil abwarten. Bezüglich einermöglichen Haushaltsabgabe sei der Gesetzgeber am Zug, sagt GIS-Pressesprecher Herbert Denk. Im zuständigen Kulturministerium war auf Anfrage des KURIER niemand zu erreichen.

- FLORIAN CHRISTOF

ÜBERBLICK

MELDUNGEN VON FUTUREZONE.AT

Start-up-Wettbewerb geht ins Finale

Abstimmung. Noch bis einschließlich Sonntag können auf führezone at die Favoritenumter den Top 10 des Wettbewerbes Austria's Next Top Start-up gewählt werden. Die Top 5 kommen ins Einsle Fine Livikits am

Google baut in den Niederlanden

Rechenzentrum. Der Internetkonzern Google investiert in den Niederlanden 600 Millionen Euro in den Bau eines Rechenzentrums. Die Anlage in Eemshaven soll mehreren Zehntausend